

Bezugspreis: Vierteljahr 16,50 RM., monatl. 5,50 RM. ...

MORWIRTS

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Annoncenzeile ...

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 1. März 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Der große Streik in Frankreich.

Solidaritätserklärungen der Gewerkschaften

Paris, 29. Februar. Der Allgemeine Arbeiterverband (C. G. T.) erklärt in einer Rundgebung, die jetzt in Frankreich geschaffene Lage sei zurückzuführen auf die Haltung der großen Eisenbahngesellschaften und der Regierung.

Millierand über den Streik.

Paris, 29. Februar. Ministerpräsident Millierand hat heute vormittag Pressevertretern erklärt, daß auf den Linien der Eisenbahngesellschaft S. N. M. sich mit Ausnahme von Lyon eine Entspannung bemerkbar mache.

Die „Probeaburteilung“.

Paris, 28. Februar. Das Reichsgericht hat heute Mittag eine Anzahl ausgewählter Kriegsverbrecher als Probefälle aburteilen lassen.

Das Zentrum zum Fall Erzberger.

Berlin, 29. Februar. (W. T. N.) Die Vorstände der Zentrumspartei des Reiches und der Zentrumsfraktion der Deutschen Nationalversammlung haben gelegentlich ihrer Tagung vom 28. Februar die Angelegenheit des Reichsfinanzministers Erzberger erörtert.

Judenitsch verhaftet.

Stettin, 29. Februar. Die russischen Generale Judenitsch, Glasow und Wladimirov wurden, angeblich auf der Reise nach Deutschland begriffen, in Riga auf Veranlassung der englischen Mission verhaftet.

melden, mit Ausnahme von Bordeaux, wo sich eine Auslandsbewegung zeigt. Auf den Orléans- und Staatsbahnlinien hätte der Fernverkehr sichergestellt werden können.

Der Ernst der Lage.

Paris, 29. Februar. Die Staatsanwaltschaft hat die Möglichkeit der gerichtlichen Verfolgung der Streikführer wegen der Erteilung des Befehls zum Generalstreik geprüft.

Hollands Beitritt zum Völkerbund.

Amsterdam, 28. Februar. Wie die Blätter melden, befreit der Bericht der Niederländischen Ersten Kammer trotz zahlreicher darin erhobener Bedenken den Beitritt der Niederlande zum Völkerbund.

Der Kampf um die Beute.

Paris, 29. Februar. Wie „Matin“ mitteilt, soll der Generalsekretär der Gewerkschaft der französischen Seelensteine Rivelli erklärt haben, daß die französischen Seeleute sich weigern würden, die ehemals deutschen Schiffe, auf denen sie beschäftigt sind, an irgendeine andere Macht abzuliefern.

Verhaftungen in der Mordsache Somogyi.

Budapest, 28. Februar. Wie das Ung. Tel.-Korr.-Bureau zu der Ermordung der sozialistischen Redakteure Bela Somogyi und Bela Vacoj mitteilt, hat die Militärstaatsanwaltschaft die beiden Chauffeurs des Automobils verhaftet, dessen Insassen, wie man annimmt, am Mord beteiligt waren.

Hohenzollernprofit.

Das Regieren ist für die Hohenzollern eine sehr einträgliche Beschäftigung gewesen. Heute schlägt die Reaktionspresse Burzelbäume moralischer Entrüstung, wenn der Oberbürgermeister einer großen Stadt drei gebrauchte Zimmereinrichtungen aus dem Domestikenschlüssel eines weitläufigen königlichen Schlosses erwirbt.

Der Kampf um die Beute.

Paris, 29. Februar. Wie „Matin“ mitteilt, soll der Generalsekretär der Gewerkschaft der französischen Seelensteine Rivelli erklärt haben, daß die französischen Seeleute sich weigern würden, die ehemals deutschen Schiffe, auf denen sie beschäftigt sind, an irgendeine andere Macht abzuliefern.

Hohenzollernprofit.

Das Regieren ist für die Hohenzollern eine sehr einträgliche Beschäftigung gewesen. Heute schlägt die Reaktionspresse Burzelbäume moralischer Entrüstung, wenn der Oberbürgermeister einer großen Stadt drei gebrauchte Zimmereinrichtungen aus dem Domestikenschlüssel eines weitläufigen königlichen Schlosses erwirbt.

Warum steckt diese Reaktionspresse nicht einmal ihre Nase in den Vergleichsentswurf, der zwischen dem Vertreter Wilhelm des Ehemaligen und dem preussischen Staat zustande gekommen ist? Dieser 40 Druckseiten starke Entwurf ist die magna charta der Reaktionspresse, die sich die Familie Hohenzollern durch einige hundert Jahre Regierung zu verschaffen gewußt hat.

Der erste Punkt des § 1 enthält unter nicht weniger als 50 Nummern die Schlösser und Grundstücke, auf welche die Hohenzollernfamilie zugunsten des Staates Verzicht leistet. Dann kommen unter Punkt zwei in 39 Nummern die Schlösser und Grundstücke, die den Hohenzollern erhalten bleiben sollen.

Das ist aber bei weitem nicht alles. Im Besitze der Hohenzollern befinden sich z. B. kostbare Gemälde von Meistern des 18. Jahrhunderts wie Watteau usw., die jetzt an den Staat übergeben sollen und deren Wert der eigene Reichsbesitz des Hauses auf mindestens 200 Millionen Mark angibt.

Woher stammt all der Segen? Die Burggrafen von Nürnberg, die 1415 in die Mark kamen, haben ihn sicher nicht mitgebracht. Ihr Vermögen reichte nur zu einer sehr bescheidenen fürstlichen Hofhaltung; sicher betrug es noch nicht den tausendsten Teil dessen, was die Hohenzollern jetzt haben.

Allo woher, woher? Da ist daran zu erinnern, daß jahrhundertlang Staatskassenlücke und Privat Einkünfte des Fürsten nicht im mindesten geschieden waren. Alle Einnahmen, alle Steuern floßen in die Privatschatulle des Fürsten.

Allo woher, woher? Da ist daran zu erinnern, daß jahrhundertlang Staatskassenlücke und Privat Einkünfte des Fürsten nicht im mindesten geschieden waren. Alle Einnahmen, alle Steuern floßen in die Privatschatulle des Fürsten.

Ein weiterer Vorteil für die Fürsten war ihre absolute Steuerfreiheit. Während ein Privatmann mit den Einkünften der Hohenzollern selbst vor dem Kriege im Jahre ziemlich 10 Proz. seines Einkommens hätte an Steuern abgeben müssen, zahlten die Hohenzollern — Adel verpflichtet! — keinen Pfennig. Mit anderen Worten: Sie konnten jedes Jahr 10 Proz. ihres Einkommens, die ein normaler Bürger dem Staat hätte abgeben müssen, auf die hohe Kante legen. Aber daneben rechneten die Hohenzollern auch mit dem Pfennig. Sie, eine der reichsten Familien in Deutschland, machten ängstlich über ihrem Privatvermögen der Vorfürsorge, das sie der Pflicht entzogen, Briefe und Telegramme zu frankieren.

Als die Hohenzollern bei der Teilung von ihren Domänen wenigstens einen Teil dem preussischen Staat herausgaben (dem sie so wie so gebührten), ließen sie sich diese Rückerstattung von Staatsvermögen mit einer jährlichen Rente von 6 Millionen Mark bezahlen. Aber diese genügte ihnen nicht. Periodisch mußte diese Rente, die sogenannte „Zinsliste“, vom unfähigen Dreiklassenparlament aufgebessert werden, bis sie schließlich über 20 Millionen im Jahre betrug. Dafür rühmten sich dann die Hohenzollern, daß sie das Reich „umflunkt“ regierten, — gegen einen „Dispositionsfonds“ von einer Million jährlich. Von diesen 21 Millionen wickelt heute kein Monarchist, aber weise dem republikanischen Minister, der 30 000 M. bezahlt.

Sturz und gut: Die Hohenzollern haben während ihrer Regierungsperiode den Staat gemolken, daß es nur eine Art hatte. Ob es in dicken oder in dünnen Strahlen floß, — jeder Vorteil auf Kosten des Staates war willkommen. Aus einem vornehmen adeligen Geschlecht sind sie in ihrer Regierungszeit kleinräumige Millionäre geworden, wie wir behaupten, allein auf Kosten des preussischen Staats und des preussischen Volkes. Und deshalb ist es nur recht und billig — wenn dieser durch monarchische Korruption zusammengebrachte und zusammengepreßte Reichtum dem Staat anheimfällt, dem er hinterzogen worden ist. Wir haben nicht den geringsten Grund, den Hohenzollern den Ertrag ihrer Wucherregierung noch nachzuwerfen.

In seinem Roman „Die Sandgräfin“ schildert Gustav Freytag, wie ein ungelehrter Verwalter das Gut verläßt, das er in Bankrot gewirtschaftet hat. Er war ein leichtsinniger, aber nicht durch und durch schlechter Kerl. Reumütig läßt er das Geld, das er für sich aus dem Gut herausgezogen hat, in seinem Schreibtisch liegen. Beim Weggehen sieht er an der Wand den Strohlehn, mit dem als einziger Habe er einst den Gutshof betreten hat. Den nimmt er mit, sonst nichts.

In der Rolle dieses leichtsinnigen Verwalters sind gegenüber dem preussischen Volk die Hohenzollern. Nur daß sie noch nicht ein mal so viel Anstand besitzen, wie ihn der Dichter selbst einem leichtsinnigen Lumpen zubilligt. Statt ihren Stroh zu nehmen, freischen sie um eine Abfindung von vielen hundert Millionen. Sie berufen sich auf das juristische Recht. Und was ist dieses Recht? Verjährtes Unrecht. Weil über ihre systematischen Staatsveränderungen teils Jahrzehnte, teils Jahrhunderte hinweggegangen sind, wollen sie „rechtmäßige Eigentümer“ sein.

Die Seilsprechung des verjährten Raubes überlassen wir getrost der monarchistischen Presse. Für die Gerechtigkeit kann nur das historische und moralische Recht gelten. Von einer Mißbilligung, wie sie auf Grund juristischen Unrechtsrechtes in dem Entwurf den Hohenzollern zugebilligt werden mußte, kann und darf keine Rede sein. Das Reich löse die Fesseln, die den Unterhändlern des preussischen Staates die Hände binden. Es hat nicht nur die Macht dazu, es hat auch das beste moralische Recht auf seiner Seite.

Auf dem Straßburger Parteitag.

Aus Karlsruhe erführen die „B. B. R.“ unter dem 28. Februar: Auf der geheimen Tagung des Straßburger Sozialistenkongresses kam es zu scharfen Auseinandersetzungen über die Urheberhaftigkeit des Krieges. Die Meinungen, ob Frankreich, Deutschland oder England für den Krieg verantwortlich zu machen seien, gingen auseinander. Spiccia (?) verteidigte die Haltung Frankreichs, daß nur den Frieden gewollt habe. Ruffin-Dugues behauptete, daß die Ursache nicht unter Anklage gestellt werden sei, weil er ebenso schuldig sei für den Krieg wie Wilhelm II. Zum Schluß kam es zu einer scharfen Debatte über den Wahlerfolg bei den Wahlen.

Triumphadon.

Zanboge! Lächle die Stelle wund:
„Gottlob, daß und ein Held erkund!“
Der hohle Reichsfinanzminister
wird warmer Feind für die Philister.
Als er an ihren Ventel griff,
schmol hoch die Brandung, daß das Miß,
und deutend drach's hervor: „Der Tod muß ihn ereilen
durch Helferrich, durch Stresemänner und dergleichen.“

Denn hätte er sich nur begnügt,
Profil gemacht und dann vergrößert
das niedere Volk bewachen lassen,
hätt teilten sie mit ihm die Massen,
wie es im Kriege Sitte war.
Ein frommer Herr blüht er fürwahr,
und stände auf der schwarz-weiß-roten Ruhmesleiter
gleich Helferrich, gleich Stresemänner und so weiter.

Er war zwar Blut von ihrem Blut,
nicht minder schlecht, nicht minder gut,
er liebte Feind und schamlose Mutter,
sich ändern gern das Nebenbutter.
Was löst ihn aber schließlich an,
daß er betriebe den schlimmsten Plan —
zum Schuldenbleichen zu verdonnern allerorten
die Helferrich, die Stresemänner und Konjosten!

Glavast

Das Nikisch-Jubiläum.

Ein seltenes Fest, das zu feiern und allen, die wir mit Verstand Musik vernommen sind, Ehre ist. Und mehr als das: wo immer die Musik als aufbauende Kraft, als Verstilligung, Erlebung, als einzig untrügerisches Glück empfunden wird, wo drallig Hörer und Ausübender, Genießender und Schaffender im Reich der Töne den Quell seiner Lebenskraft zieht, da greift Nikisch mit einer Fülle seines Könnens und Gebens in unser Sein. Ein seltenes Fest, für den Meister-Dirigenten, für uns, seine große Gemeinde, für die Philharmoniker, sein treues, wunderbares von ihm abgehimeltes Instrument.

Nikisch hatte den Staub Berlins von den Schuhen geschüttelt, in philharmonische Konzerte hatten dem Orchester zur imposanten Stellung zu Weltzug verholfen. Berlin hatte ein Zentrum musikalisch reinster und edelster Betätigung. Klassische und

Die Berliner Parteioorganisation und die kommenden Wahlen.

Der Bezirksverband Groß-Berlin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hielt am Sonntag im Germaniaaal einen Bezirkstag ab. Die Tagesordnung lautete: Die Berliner Parteioorganisation und die kommenden Wahlen.

Genosse Rübemann eröffnete den Bezirkstag mit einem Hinweis auf die bevorstehenden Wahlen, für die wir uns rüsten müssen. Es gelte, die Errungenschaften der Revolution und die Einrichtungen der Republik zu verteidigen gegen den Ansturm von rechts.

Ein Referat des Genossen Franz Krüger leitete die Erörterungen über die Wahl ein. Er führte unter anderem aus: Je näher wir den Wahlen in Bremen und im Reich kommen, desto mehr macht sich der föngzentrische Angriff der Reaktionäre auf die Sozialdemokratie bemerkbar. Ihr Feldgeschrei ist:

Für Monarchie, gegen Volksherrschaft!

Ihr Eintreten für die Monarchie war nie selbstlos, sondern immer von ihren persönlichen Interessen bestimmt. Wenn jetzt die Junker und Edelmänner die dem Vorgehen Helferrich gegen Erzberger zuzubekommen, so tun sie das nicht aus moralischen Erwägungen, sondern aus Haß gegen Erzberger als den Träger des ihnen verhassten Steuerreformens. In Erzberger ist und manches unsympathisch, aber die, die jetzt gegen ihn Sturm laufen, sind am allerwenigsten dazu berufen, ihn zu verurteilen. Was Erzberger getan hat, ist nicht dem heutigen Regierungssystem zur Last zu legen, sondern es ist die typische Politik der bürgerlichen Kreise. Für seine Steuerpolitik kann das deutsche Volk Erzberger trotz seiner Fehler dankbar sein. — Mit der reaktionären Propaganda kann man das Volk nicht gewinnen, deshalb versucht man es mit den Schmählichkeiten

Verleumdungen unserer Parteigenossen

in der Regierung. — Der Redner besprach die in letzter Zeit wiederholt vorgekommenen Ausschreitungen der aus dem Volkstum zurückgekehrten Truppen und forderte, daß ihre Enttarnung mit größter Beschleunigung durchgeführt werde. (Lebhafte Zustimmung.) Auch dem reaktionären Treiben in Beamtenkreisen muß ein Ende gemacht werden. Wenn wir nicht mit aller Energie gegen die Reaktion vorgehen, dann werden wir bald dahin kommen, daß es für die Reaktionäre keines Bannes noch rechts mehr bedarf, sondern daß sie sich in aller Öffentlichkeit wieder in ihre alten Positionen setzen können. Wir haben mit anderen Genossen in der Regierung verhandelt und dabei die Gewissheit bekommen, daß sie den festen Willen haben, mit allen Mitteln gegen die Reaktion einzuschreiten. Aus den reaktionären Bestrebungen in Beamtenkreisen erklärt sich auch die Vorlage über die

Abfindung der Hohenzollern.

Die Vorlage ist zwar unter einem sozialdemokratischen Minister, aber nicht von Sozialdemokraten, sondern von Beamten des alten Systems ausgearbeitet. Die Abfindungsvorlage ist nicht von juristischen, sondern von politischen Gesichtspunkten aus zu beurteilen. (Sehr richtig!) Der ehemalige König hat sein angebliches Privatvermögen doch nicht als Privatmann, sondern als König erworben. Es hört also auf, sein Privateigentum zu sein mit dem Augenblick, wo er vom Thron steigen mußte. Diese Vorlage darf nicht Gesicht werden. Den Urhebern der Vorlage muß gesagt werden, daß sie keinen Funken Verständnis für das Rechtgefühl des Volkes haben. (Zustimmung.) Nach einer bürgerlichen Zeitungsmeldung soll Genosse Südekum die Absicht haben, die Vorlage gegen unsere Stimmen durchzubringen. Das ist eine offenbare Unwahrheit. So dumme ist Genosse Südekum nicht, daß er nicht wüßte, durch ein solches Verhalten würde er nicht nur als Minister, sondern auch als Parteigenosse erledigt sein und das Fortbestehen der sozialdemokratischen Minister in der Regierung würde ein Ding der Unmöglichkeit sein. (Sehr richtig.) In seinen weiteren Ausführungen befürwortete der Redner eine Politik, die gerichtet ist auf eine

Berständigung mit Rußland,

die vor allem aus wirtschaftlichen Gründen notwendig ist. Redner besprach die Lebensmittelpolitik und führte aus, daß der Reichswirtschaftsminister bereit ist, mit den schärfsten Maßnahmen gegen Schleichhandel und Wucher vorzugehen. Aber alle Maßnahmen und die besten Verordnungen können nicht helfen, solange sich die Bevölkerung die größte Mühe gibt, die Verordnungen zu übertreten. Es kommt darauf an, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte so zu bemessen, daß die Landwirte ein Interesse haben, aus dem Boden herauszuholen, was irgend möglich ist. Das ist unüberwindlich, wenn unsere Volksernährung gesichert werden soll. Aufgabe der Gewerkschaften wird es sein, die Löhne den Lebensmittelpreisen anzupassen. Eine Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien ist

nach den Beschlüssen des Leipziger Parteitag der Unabhängigen unbedenklich. Aber die

Einigung wird und muß kommen,

wenn eine Situation eintritt, die die Arbeiterklasse zwingt, zusammenzutreten. Es ist unverantwortlich, wenn Mitglieder der beiden sozialdemokratischen Parteien eine neue Partei, die Partei der vereinigten Sozialisten, gegründet haben. Wir kennen nicht alle Gründer dieser Partei. Aber diejenigen, die uns bekannt sind, sind Leute, die entweder als berufsmäßige Kräfte in ihrer Partei nicht auf ihre Rechnung kommen, oder die glauben, in der neuen Partei mehr verdienen zu können als in ihrer alten Partei oder in der Einigungszentrale. Der Mitglied dieser Partei wird, kann nicht mehr unserer Partei angehören.

Die Spaltung der Arbeiterklasse macht sich auch bei den Gewerkschaftswahlen bemerkbar. Wir begrüßen die Einnahme des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die der Stellung entspricht, die wir von Anfang an in dieser Frage eingenommen haben. Wir verlangen, daß auch unsere Parteigenossen eine angemessene Vertretung in den Vertriebsräten bekommen.

Somitlich der Festlegung eines Nationalfeiertages wird in bürgerlichen Kreisen der 18. August, der Tag des Inkassierens der Reichsverfassung, befürwortet. Wir fordern die

Feier des 1. Mai,

denn die Forderungen, für die wir am 1. Mai demonstrieren, haben, sind zum großen Teil noch nicht erfüllt.

Wir werden in der nächsten Zeit vor den obersten Aufgaben. Da müssen wir wenigstens in unserer Partei einig sein und Vertrauen zu unserer Kraft haben. Der das nicht kann der mag die Schlußmühe über die Ohren ziehen und aus dem politischen Kampf ausweichen. In diesem Zusammenhang wurde sich der Redner schief gegen einen „Die Korruption in der S.P.D.“ überschriebenen Artikel des „Marxist“, des Organs der Einigungszentrale. Die in dem Artikel gemachten Angaben seien unrichtig. Der Redakteur des „Marxist“, Genosse Riebeling, solle auch an der Gründung der neuen Partei mitgearbeitet haben. Wie lange sollen wir es uns noch gefallen lassen, von solchem Gesindel angepöbeln zu werden? (Sehr richtig!) Auch mit diesen Seiten müssen wir ein ehedliches Wort reden. Kritik unserer Handlungen ist uns recht, aber sie muß sachlich sein und mit gegenseitiger Achtung ausgetragen werden. (Beifall.)

Für die Politik brauchen wir eine Parole, die das deutsche Volk befriedigt. Eine Regierung ohne Sozialdemokraten ist unmöglich. Wenn wir den Bürgerkrieg von rechts oder von links. Unsere Politik darf nicht darauf gerichtet sein, wieder Oppositionspartei zu werden, sondern wir müssen die bürgerlichen Parteien in unserer Richtung vorwärts zu treiben suchen. — Die Annahme mancher Parteigenossen, daß aus unseren Reihen ein Monarchist nach links schlüpfen, trifft nicht zu. Wenn wir uns weder von rechts, noch von links beeinflussen lassen, dann werden nicht nur eine Wahlniederlage erleiden, sondern diejenigen, denen wir sie von ganzem Herzen wünschen. (Beifalliger Beifall.)

Tagelöhner gab einen Überblick über die Massenverhältnisse der Organisation und die Mitgliederzahlen. Er betonte, unsere Organisation ist gefestigt, sie entwickelt sich langsam, aber stetig. Wir hatten im ersten Quartal des Geschäftsjahres 44 400 Mitglieder, im zweiten Quartal betrug die Mitgliederzahl 47 100 und im dritten Quartal ist sie auf 50 000 gestiegen. Es kann also keine Rede sein von einem Rückgang nach links. Wir können mit der Entwicklung der Organisation zufrieden sein. Mit Rücksicht darauf, daß für die Wahl Geldmittel erforderlich sind, empfiehlt der Bezirksvorstand, vom 1. April ab einen

Wochenbeitrag

zu erheben von 25 Pf. für männliche, 15 Pf. für weibliche Mitglieder und außerdem einen vorübergehenden monatlichen Extrabeitrag von 1 M. für Männer und 50 Pf. für Frauen. In dem Bandnoten soll derselbe Wochenbeitrag, oder kein Extrabeitrag erhoben werden.

Hierauf wurde die Diskussion eröffnet. Dr. Röntgen-Berlin begründete einen Antrag der 18. Abteilung, der die Einführung der Stammbuchkarte und die Vereinfachung der planlosen Wirtschaft fordert. Röhren-Berlin befürwortet namens der 35. Abteilung die Aufhebung des Vertrages der „Bismarck“-Expedition mit der Zeitungszentrale und Wiedereinführung eigener Zeitungspeditionen des „Vorwärts“.

Leimbach-Steglich verlangt, daß in der Parteioorganisation der Kampf nicht nur nach links, sondern auch nach rechts geführt werde. Besonders müsse ein scharfer Kampf gegen die Hohenzollernabfindungsvorlage geführt werden.

Wöhrle-Steglich sagte, die Maßnahmen unserer Parteigenossen in der Regierung seien nicht immer in Einklang zu bringen mit den sozialdemokratischen Grundgedanken.

Minister Carnik führte aus, eine Koalitionregierung, die nur zu einem Drittel aus Sozialdemokraten besteht, könne natürlich keine rein sozialdemokratische Politik treiben. (Burst: Aber auch

Das deutsche Buch und das Ausland. Die Reichsregierung hat wiederholt den Vorstand des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig aufgefordert, die Buchausgabe größte Aufmerksamkeit zu schenken, um der Entwertung des deutschen Buches im Ausland Einhalt zu tun. Die Verschleuderung aller und neuer Bücher nahm solchen Umfang an, daß der Verlagsbuchhandel z. B. für Papier drücken mehr bezahlen mußte, als er für das daraus dann hergestellte Buch dieses Umfangs wiederbekam. Er erhielt höchstens den 5. oder 6. Teil des Wertes in Waren auf dem Wege der Ausfuhr, die er im Inlande für dasselbe Geld erhält. Trotz dieser Lage schwornte der Börsenverein lange und ließ einzelne Verlage schließlich vorgehen. Nun hat er sich zu einer Abschlussschluß entschlossen, indem er eine Verkaufsordnung für Auslandsvertriebe den ganzen Buchhandel zur Pflicht gemacht hat. Ihr Schutz durch die Reichsregierung und die schärfsten Kontrollmaßnahmen zu ihrer Durchführung sind eingeleitet. Die nächste Wirkung wird ein Rückgang auf die Auslandsverkäufe im Buchhandel sein, aber dieser kann nur langsam wirken. Der Börsenverein hat zur Lösung der Frage erstmals einen Unrechnungslauf festgelegt, der zugleich Feuerungszugriff in der Schweiz etwa 60 Rappen, in Holland etwa 30 Cts. für eine Mark beträgt, zweitens einen Verkaufspreis, der, in Prozenten errechnet, zusammen mit dem Inlandspreis den Betrag ergibt, zu dem der deutsche Buchhandel nach dem Ausland liefert. Die Außenhandelsniederstelle, die verhalten soll, daß in Zukunft irgendeine Bücherlieferung ohne sicheres Kennzeichen der Ausfuhrbewilligung über die Grenze geht, wird dem Börsenverein selbst übertragen.

Musik. Am Mittwoch, den 3. März, veranstaltete der Organist Frey in der Marienkirche sein 50. Kirchenkonzert. — Die nächsten Volks-Sinfoniekonzerte des Wilmersdorfer Sinfonieorchesters finden statt: Montag, den 8. März, Dienstag, den 23. März und Dienstag, den 30. März in der Stanzerei Königsplatz. Karten in der Buchhandlung Vorwärts.

Das frühgeborene Kind, besonders dem sozialen Standpunkt aus, behandelt Professor Dr. Langhans am 8. März, abends 6 Uhr, in der Internationalen Gesellschaft für Sexualforschung, Aula des Balt-Realgymnasiums, Altonaer 24.

Im Kaiserlich-königlichen der kaiserlichen Wägen wird am 8. März eine Ausstellung „Der Folgschnitt von seinen Anfängen bis zur Gegenwart“ eröffnet. Ein illustrierter Führer von Curt Meiser kostet 2.50 M.

Die Galerie Edward Schulte bringt in ihrer Verwaltung eine große Sammlung der Berliner Künstlergruppe „Künstler-Rundschau“ sowie Kollektionen Künstler: Berliner Künstler, am 2. März Reduzierten-Vorträge. Im Schluß beginnt am 2. März Reduzierten-Vorträge eines Jubiläum von 5 Beiträgen über „Entstehung und Entwicklung der Seele“. Am Mittwoch spricht Dr. E. Berndt über „Leit und Wirklichkeit in D. geniesreich“, und am Freitag Prof. Dr. E. Regner über „Sinn- und Reallogik“.

Dr. Kurt Singer.

